GWÖ-ANTRAGSPRÜFUNG · DEUTSCHER BUNDESTAG

Landwirtschaft und Ernährung zukunftsfähig gestalten

Drucksache **21/3602** · eingebracht 2026-01-13 — Antragsteller: **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Landwirtschaft | Ernährung | Klimaschutz | Tierschutz | Soziale Gerechtigkeit

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert eine umfassende, ökologisch-soziale Transformation der deutschen Agrar- und Ernährungspolitik mit klaren Zielen, transparenten Instrumenten und starker Bürgerbeteiligung.

KERNFORDERUNGEN

- Umwelt- und Tierschutzleistungen statt Flächenprämien
- Preistransparenz und Marktmacht-Begrenzung
- Kostenfreies Kinder-Mittagessen und gesunde Gemeinschaftsverpflegung
- Moorvernässung, Pestizidreduktion, 30 % Bio bis 2030
- Globale Verantwortung und Verbot von Pestizidexporten

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag deckt alle fünf Werte der GWÖ-Matrix ab: Menschenwürde (z. B. durch faire Einkommen, Zugang zu gesunder Ernährung), Solidarität (regionale Wertschöpfung, globale Verantwortung), ökologische Nachhaltigkeit (Moorvernässung, Pestizidreduktion, Agroforst), soziale Gerechtigkeit (Kinder-Mittagessen, Pflegeverpflegung, Tarifgerechtigkeit) und Transparenz & Mitbestimmung (FairFood-App, Ombudsstelle, Bürger*innenrat). Besonders stark sind die Felder D4 (soziale öffentliche Leistung), D3 (ökologische Infrastruktur) und E3 (globale ökologische Verantwortung). Kein Feld weist einen negativen Wert auf.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Systemische Perspektive (von Produktion bis Konsum)
- Starke Verankerung aller fünf GWÖ-Werte
- Konkrete, messbare Ziele (z. B. 50.000 ha Moor/Jahr, 30 % Bio bis 2030)
- Starke Bürgerbeteiligung (Bürgerrat, FairFood-App, Ombudsstelle)

Schwächen

- Keine explizite Verknüpfung von Agrarwende und Klimaschutz in der Einleitung
- Unklare Finanzierungsvorschläge für große Vorhaben (z. B. kostenfreies Mittagessen)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	++	++	++	++	++
B · FINANZEN	++	++	++	++	++
C · VERWALTUNG	+	++	++	++	++
D · BÜRGER:INNEN	++	++	++	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	++	++	++	++	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

A2 **Solidarität mit Lieferant:innen** `Bewertung: +5`

Honorierung von Umweltleistungen statt Flächenprämien, Förderung regionaler Wertschöpfung

A3 **Ökologische Nachhaltigkeit in Lieferketten** `Bewertung: +5`

Verbot Export verbotener Pestizide, Agroforst im Landwirtschaftsprivileg, Paludikulturen

A5 **Transparenz & Mitbestimmung in Lieferketten** `Bewertung: +5`

Preistransparenzstelle, FairFood-App, verbindliche Kennzeichnung (Tierhaltung, Gentechnik)

B2 **Solidarität mit Steuerzahler:innen** `Bewertung: +5`

Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen (Umwelt-, Klima-, Tierschutz), Regionalbudget-Ausbau

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 2/10

Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Positionen: Ablehnung chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel (Q12), Kritik an 'fossilen Technologien' (gegen Agrardieselrückvergütung Q11), Forderung nach Abschaffung pauschaler Flächenprämien (Q11 konträr), Ablehnung neuer Züchtungstechnologien (Q16).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 2/10

Widerspricht Grundsatzprogramm 2024: CDU betont 'Technologieoffenheit' (Q16), 'moderne Pflanzenzüchtung' (Q12/Q16), 'Agrardieselrückvergütung' (Q11), 'Marktwirtschaftlichen Umweltschutz' (Q18) — nicht Ökologie-zentrierte Regulierung wie im Antrag.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CSU

WAHLPROGRAMM 2/10

Identisch mit CDU-Wahlprogramm (Q21–Q25); gleiche Widersprüche: Kritik an Agrardieselrückvergütung, Pflanzenschutzmitteln, pauschalen Prämien und neuen Züchtungstechnologien.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 2/10

Keine eigenständige CSU-Grundsatzprogrammquelle im Kontext; Bewertung erfolgt analog CDU (Q16–Q20).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 0/10

Fundamentaler Widerspruch: AfD lehnt Energiewende ab, befürwortet Kernkraft/Kohle (Q37), kritisiert 'Gender-Ideologie' (Q38), fordert strikte Migrationseinschränkung (Q36), während der Antrag globale Verantwortung, ökologische Transformation und soziale Inklusion betont.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 7/10

Hohe Übereinstimmung mit SPD-Regierungsprogramm 2025: Fokus auf Ernährungssicherheit (Q30), Gemeinschaftsverpflegung (Q27), faire Löhne (Q29), Grundwasserschutz (Q31), Artenvielfalt (Q31). Unterschiede: SPD betont weniger radikal als Grüne den Umbau der Agrarstruktur.

> „Wir müssen auf akute Hungerkrisen reagieren können und langfristig eine Umstellung der Agrarsysteme auf Nachhaltigkeit."
> SPD Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 63

PARTEIPROGRAMM 7/10

Übereinstimmung mit Hamburger Programm: 'Nachhaltigkeit als Teil der Grundwerte' (Q35), 'soziale Gerechtigkeit' (Q35), 'Vorsorgender Sozialstaat' (Q34), 'Ökologische Verantwortung' (Q35). Weniger explizit ist dort die Agrartransformation.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist wörtlich aus dem Grünen Regierungsprogramm 2025 abgeleitet: Alle Kernforderungen (Moorvernässung Q5, Tierhaltungskennzeichnung Q3, Pestizidreduktion Q5, 30 % Bio Q4, Agroforst Q5, Paludikulturen Q1, Bürger*innenrat Q3) finden sich identisch oder nahezu wörtlich im Wahlprogramm.

> „Wir brauchen auch einen sorgsameren Umgang mit wertvollen Agrarflächen. Daher wollen wir im Planungsrecht Vorrangflächen für die Nahrungsmittelproduktion einführen und Agri-Photovoltaik und weitere Ansätze zu höherer Flächeneffizienz stärken."
> Grüne Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 60

> „Tiere brauchen mehr Bewegungsfreiheit. Wir haben den Umbau der Ställe für Schweine hin zu einer tiergerechteren Haltung so stark gefördert wie keine Bundesregierung zuvor."
> Grüne Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 58

PARTEIPROGRAMM 10/10

Vollständige Übereinstimmung mit Grundsatzprogramm 2020: 'Recht auf bezahlbare, gesunde und ausreichende Nahrung' (Q6), 'Ende der Verschmutzung mit Pestiziden' (Q7), 'planetare Grenzen als Gradmesser' (Q9), 'Demokratie durch Bürger*innenbeteiligung' (Q10), 'Ökologischer Landbau' (Q9).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 1/10

Fundamentaler Widerspruch: FDP betont 'Technologieoffenheit' (Q41), 'Emissionshandel statt Verbote' (Q41), 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' (Q43), während der Antrag staatliche Regulierung, Verbote (Pestizide, Tiertransporte), und starke Intervention fördert.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: dass das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ konsequent umgesetzt wird. Dafür sollen die bisherigen pauschalen Flächenprämien in der Gemeinsamen Agrarpolitik auslaufen und durch die Honorierung von Umwelt-, Klima- und Tierschutzleistungen ersetzt werden;

> dass das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ konsequent umgesetzt wird. Dafür sollen die bisherigen pauschalen Flächenprämien in der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2027 vollständig auslaufen und durch die Honorierung von Umwelt-, Klima-, Tierschutz- und sozialen Leistungen (z. B. faire Arbeitsbedingungen, Ausbildung) ersetzt werden;

Begründung: Stärkt die Dimension 'Soziale Gerechtigkeit' (Wert 4) in Berührungsgruppe A (Lieferant:innen) und C (Verwaltung/Führung) — aktuell fehlt der soziale Aspekt in der Leistungshonorierung.

Vorschlag 2 von 3

Original: eine verbindliche Reduktionsstrategie für Zucker, Salz und Fett vorzulegen;

> eine verbindliche Reduktionsstrategie für Zucker, Salz und Fett mit klaren, jährlichen Meilensteinen und unabhängiger Überprüfung durch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) vorzulegen;

Begründung: Erhöht Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5) und stärkt die Glaubwürdigkeit der Maßnahme — entspricht GWÖ-Kriterium 'Demokratische Prozesse'.

Vorschlag 3 von 3

Original: die Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ umzusetzen und dabei insbesondere: aa) ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder zu unterstützen;

> die Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ vorrangig und zeitnah umzusetzen und dabei insbesondere: aa) ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder ab 2027 flächendeckend einzuführen, finanziert durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Luxusgüter und Spekulationsgewinne;

Begründung: Stärkt 'Soziale Gerechtigkeit' (Wert 4) und 'Solidarität' (Wert 2) durch klare Finanzierung und Zeitplan — vermeidet Abhängigkeit von kommunalen Haushalten und erhöht GWÖ-Treue in Feld D4.

Original-Antrag

Drucksache 21/3602

Landwirtschaft und Ernährung zukunftsfähig gestalten

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Deutscher Bundestag **Drucksache 21/3602**

21. Wahlperiode 13.01.2026

Antrag

der Abgeordneten Dr. Ophelia Nick, Dr. Zoe Mayer, Niklas Wagener, Karl Bär, Andreas Audretsch, Harald Ebner, Schahina Gambir, Claudia Roth, Julia Schneider, Dr. Julia Verlinden, Johannes Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landwirtschaft und Ernährung zukunftsfähig gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wir entscheiden heute, ob wir in Zukunft eine krisenfeste und nachhaltige Land- und Lebensmittelwirtschaft haben werden, die uns in der Stadt und auf dem Land zuverlässig und gesund ernährt. Es geht dabei um gute Lebensmittel für alle, sauberes Trinkwasser, überlebenswichtige Artenvielfalt, gesunde Böden, intakte Wälder, mehr Tierschutz, gesunde Ernährung sowie um gute Arbeit, faire Einkommen für Landwirtinnen und Landwirte und starke Lebensmittelhandwerksbetriebe – in Deutschland, in Europa und weltweit. Die Lösungen liegen längst auf dem Tisch. Doch die Bundesregierung setzt sich mit ihrer rückwärtsgewandten Politik von vorgestern über die bereits gefundenen gesellschaftlichen Kompromisse und wissenschaftlichen Fakten hinweg und verspielt damit unsere Zukunft.

Die Bundesregierung demontiert rücksichtslos Tierschutz-, Arbeits- und Umweltstandards und setzt auf Scheinentlastungen. Sie predigt Verlässlichkeit und streicht im gleichen Atemzug Förderungen für eine bessere Tierhaltung, auf die sich Landwirtinnen und Landwirte eingestellt haben. Sie beschwört Innovationen und schmeißt in Form von Steuergeschenken gleichzeitig Milliarden Euro für veraltete fossile Technologien aus dem Fenster. Sie pocht auf mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, aber verweigert ihnen Transparenz beim Einkauf, indem sie wichtige Kennzeichnungen bei Lebensmitteln blockiert. Sie betont, wie wichtig Prävention für die Gesundheit der Bevölkerung ist, sorgt aber nicht dafür, dass gesunde Ernährung für alle überall einfach verfügbar ist. Sie bewirbt die Förderung von Junglandwirtinnen und Junglandwirten und benachteiligt Existenzgründende, Quereinsteigerinnen und -einsteiger und innovative Betriebsmodelle. Sie inszeniert sich als Stimme des Waldes und kritisiert alles, was wirklich den Wald schützen würde. Sie begünstigt mit ihrer Klientelpolitik einige wenige und gefährdet dabei langfristig die Ernährungssouveränität von uns allen. Mit dieser Politik verspielt die Bundesregierung das Vertrauen in unsere Demokratie.

Eine Agrarpolitik, die sich an fossilen, exportorientierten Strukturen und den Interessen großer Agrar- und Lebensmittelkonzernen orientiert, tritt die Ernährungssouveränität kommender Generationen bei uns und in Ländern des Globalen Südens mit Füßen. Um unsere Ernährung von morgen langfristig zu sichern, müssen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen, Tiere besser halten, einen gerechten Zugang zu

Land schaffen, faire, regionale und krisenfeste Lebensmittelmärkte und das Lebensmittelhandwerk stärken sowie für eine gesunde Gemeinschaftsverpflegung sorgen.

Eine Politik für ländliche Räume, die sich auf dem Status quo ausruht, gefährdet unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Damit auch in ländlichen Regionen der Weg zum Arzt, Schwimmbad oder Jugendclub nicht zu lang bzw. für Jung und Alt wieder machbar wird, muss die Bundesregierung ressortübergreifend zusammenarbeiten. Menschen vor Ort wissen am besten, was sie in ihrer Region brauchen, um für sich und ihre Familien in ländlichen Räumen eine Perspektive zu schaffen. Sie brauchen vor Ort die Mittel und Möglichkeiten ihre Region zu gestalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. bei den Verhandlungen zum europäischen Haushalt 2028–2034 dafür zu sorgen,
   a) dass EU-weit einheitliche Umweltmindeststandards gelten und lebendige ländliche Räume ausreichend gefördert werden inklusive eines für LEADER sichergestellten Mindestbudgets;
   b) dass das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ konsequent umgesetzt wird. Dafür sollen die bisherigen pauschalen Flächenprämien in der Gemeinsamen Agrarpolitik auslaufen und durch die Honorierung von Umwelt-, Klima- und Tierschutzleistungen ersetzt werden;
2. transparente, faire Lebensmittelpreise zu fördern und dazu
   a) die Marktmacht durch monopolartige Strukturen bei Handel, Lebensmittelunternehmen, Schlachthöfen oder Mühlen einzudämmen und die systemrelevante Versorgungsinfrastruktur auf regionaler Ebene zu stärken;
   b) eine Preistransparenzststelle und eine FairFood-App einzurichten;
   c) unfaire Handelspraktiken wie Einkauf unter Produktionskosten, nachträgliche Milchpreisfestsetzungen oder den Einkauf ohne verbindliche Verträge zu stoppen;
   d) die weisungsfreie, unabhängige Ombudsstelle unverzüglich einzusetzen;
3. eine bessere Ernährungsumgebung zu schaffen und mündige Verbraucherinnen und Verbraucher zu unterstützen und dazu
   a) die Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ umzusetzen und dabei insbesondere:
      aa) ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder zu unterstützen;
      bb) eine gesunde, ausgewogene und angepasste Gemeinschaftsverpflegung in Krankenhäusern, Reha-, Senioren- und sonstigen Pflegeeinrichtungen zu fördern;
   b) eine verbindliche Reduktionsstrategie für Zucker, Salz und Fett vorzulegen;
   c) Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt, die sich an Kinder richtet, einzuschränken;
   d) eine gerechtere Besteuerung von pflanzlichen Lebensmitteln einzuführen und eine zukunftsfähige Proteinstrategie vorzulegen;
   e) die verpflichtende Kennzeichnung für gentechnisch veränderte Lebensmittel zu erhalten;
   f) die Tierhaltungskennzeichnung auf alle Tierarten und Vermarktungswege auszuweiten;
4. Tiere wirklich zu schützen und dafür
   a) Mindesthaltungsvorgaben für sämtliche landwirtschaftlich genutzte Tier- und Nutzungsarten in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung zu ergänzen;

   b) den tiergerechten Umbau von Ställen und laufende Mehrkosten verlässlich und verursachergerecht zu finanzieren;
   c) ein nationales Verbot von Tiertransporten in Drittstaaten durch Austausch mit der EU-Kommission voranzutreiben und
   d) Qualzucht(merkmale) gesetzlich zu konkretisieren und bereits verbotene Qualzuchten von Tieren endgültig zu beenden;
5. den Klimaschutz in der Landwirtschaft voranzutreiben und die Pariser Klimaziele einzuhalten und dazu unter anderem
   a) 50.000 ha Moorflächen pro Jahr wiederzuvernässen und die Antragsverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen;
   b) Agroforstsysteme gesetzlich unter das Landwirtschaftsprivileg zu stellen;
   c) ein zukunftsfähiges Waldgesetz zu beschließen und den Waldumbau – speziell labile Monokulturen – in artenreichere, naturnähere Wälder, die widerstandsfähiger gegenüber Extremwetterereignissen und Waldbränden sind, zu fördern;
6. in regionale Wertschöpfungsketten zu investieren und dabei
   a) neue Produkte aus Paludikulturen, Agroforstsystemen und Waldgartensystemen oder pflanzlichen Eiweiße für die menschliche Ernährung besonders zu fördern;
   b) das regionale Lebensmittelhandwerk als systemrelevant anzuerkennen und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass kleine und mittlere Betriebe faire Marktchancen haben;
7. unser Grundwasser und die Artenvielfalt wirksam zu schützen und dazu
   a) ein neues Düngegesetz vorzulegen, das durch wirksame Maßnahmen das Grundwasser wirklich sauber hält, die Belastungen durch Gülle und Kunstdünger reduziert und die Betriebe entlastet, die das Grundwasser schützen;
   b) Pestizide vom Markt zu nehmen, die zu der fruchtbarkeitsschädigenden und extrem langlebigen Chemikalie – Trifluoressigsäure (TFA) – zerfallen;
   c) den Einsatz und die Risiken von Pestiziden bis 2030 zu halbieren;
   d) agrarökologische Methoden durch marktwirtschaftliche Lösungen wie eine Pestizidabgabe zu fördern und
   e) den Export von in der EU verbotenen Pestiziden zu verbieten;
8. das Ziel, bis zum Jahr 2030 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland, ökologisch zu bewirtschaften, zu erreichen und dabei in staatlichen Einrichtungen durch ein großes Angebot von regionalen Bio-Lebensmitteln anzubieten;
9. gemeinsam mit den Ländern eine Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Räume“ einzurichten und das Regionalbudget auszubauen;
10. der Patentierung von Pflanzen und Tieren sowie deren Eigenschaften einen Riegel vorzuschieben und insbesondere auf allen Ebenen dafür zu sorgen, dass in der Natur vorkommenden genetischen Eigenschaften – selbst wenn sie durch neue Gentechnikverfahren technisch erzeugt wurden – nicht patentierbar sind;
11. eine Agrar- und Ernährungspolitik zu verfolgen, die ihrer globalen Verantwortung gerecht wird und sich auf europäischer und globaler Ebene für faire Handelsregeln und eine bäuerliche Landwirtschaft einzusetzen, die globale Ernäh-

rungssouveränität fördert und nicht zu Menschenrechtsverletzungen oder zur Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen im Globalen Süden beiträgt.

Berlin, den 13. Januar 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333